



Gedenkstunde zum 9.11.1938

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum 70. Mal jährt sich in diesem Jahr die Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. Die Rückschau auf dieses ungeheuerliche, menschenverachtende Ereignis ist wichtig, weil es unsere historische Verantwortung ist, für eine lebendige Erinnerungskultur zu sorgen. Wir müssen wach halten, dass ein Staat, der einen Teil seiner Bürger ausgrenzt, verächtlich macht und vernichtet, ein barbarischer Staat ist.

Diese Verpflichtung zur Erinnerung trifft aber nicht nur den Gesamtstaat oder das Bundesland Nordrhein-Westfalen, sie trifft genauso die staatlichen Mittelinstanzen, wie zum Beispiel die Bezirksregierung Münster. Als Regierungspräsident und damit als heutiger Leiter dieser Behörde bin ich mir dieser besonderen Verantwortung bewusst und möchte meinem Amtsvorgänger, Herrn Regierungspräsidenten a.D. Dr. Jörg Twenhöven, sehr danken, dass er bereits vor einigen Jahren „zur Erinnerung in eigener Sache“ aufgerufen und in diesem Zusammenhang eine wissenschaftliche Arbeit zur „Rolle der Bezirksregierung Münster in der NS-Diktatur“ angeregt hat.

Datum
Seite 1/7

Persönlicher Referent
Matthias Schmied
Telefon 0251-411-1500
matthias.schmied@brms.nrw.de



Mittlerweile liegt eine wissenschaftliche Arbeit vor, die die Vergangenheit der Bezirksregierung Münster während der NS-Zeit zum Untersuchungsgegenstand hat: „Verwaltung in Diktatur und Demokratie – Die Bezirksregierungen Münster und Minden/Detmold von 1930 bis 1960“ – so der Titel der Dissertation von Frau Hedwig Schrulle aus Beckum. Frau Schrulle hat am Historischen Seminar der WWU Münster bei Prof. Thamer studiert und wird Ihre Dissertation sehr wahrscheinlich noch Ende dieses Jahres, spätestens aber Anfang nächsten Jahres veröffentlichen. Die Bezirksregierung Münster wird die Veröffentlichung unterstützen, indem die Druckerei der Bezirksregierung das gesamte Layout und somit eine fertige Druckvorlage für die Buchproduktion erstellt. Das Institut für westfälische Regionalgeschichte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wird das Buch herausgeben.

Als ich das Manuskript vor einigen Wochen weitgehend gelesen hatte, war ich sehr betroffen. Natürlich wusste ich, dass die Bezirksregierung, wie alle anderen Verwaltungen auch, im Sinne des Führerprinzips früh gleichgeschaltet wurde. Insgeheim hatte ich aber gehofft, über eine Bezirksregierung zu lesen, die sich zwar „angepasst“ hatte, die aber, vielleicht aufgrund



der katholischen Tradition im Münsterland oder einer wertkonservativen Beamtenschaft, zumindest vorhandene Spielräume zum Wohle der Menschen genutzt hat, soweit es eben möglich war.

Leider muss ich heute feststellen, dass das Verwaltungshandeln der Regierungspräsidenten „ (...) von einer uneingeschränkten Loyalität gegenüber dem NS-Regime im Allgemeinen und dem Gauleiter im Besonderen gekennzeichnet (...) “ war.

Insbesondere in der Medizinal- und in der Schulverwaltung hat sich die Bezirksregierung tatkräftig an der Ausgrenzung und Entrechtung rassistisch Verfolgter beteiligt.

In ihrer Zusammenfassung resümiert die Autorin: „Entsprechend setzten sie [die Beamten der Bezirksregierung] die Gesetze nicht nur loyal im Sinne der neuen Machthaber um, Teile der höheren Beamtenschaft suchten sogar unter Berufung auf die neue nationalsozialistische Rechtsidee und Volksgemeinschaftsideologie durch eine eigenmächtige Aushöhlung der Gesetzesnormen die repressiven Maßnahmen gegenüber den politischen und rassistischen Gegnern zu verschärfen.“ Bis in die letzte Kriegsphase hinein habe



die Bezirksregierung die ideologischen Ziele des NS-Regimes zu keiner Zeit in Frage gestellt, sondern mit Nachdruck mitgetragen, ein abschwächender oder gar mäßigender Einfluss sei in keiner Weise festzustellen.

Frau Schrulle kommt zu folgenden Ergebnissen: „Die stärkere Durchdringung der Schulaufsichtsbehörden mit Parteiaktivisten im Bezirk Münster führte dazu, dass hier die nationalsozialistische Rassenpolitik im Einzelfall eher verschärft wurde. Man legte nicht nur die Gesetze im nationalsozialistischen Sinne aus, wie es von der Partei gegenüber der Verwaltung gefordert wurde, sondern ignorierte auch die bestehenden Rechte rassisch Diskriminierter. Die mit antisemitischen Parteifunktionären durchsetzte Regierung in Münster trug mit bürokratischen Mitteln zu einer reibungslosen Umsetzung der Judenverfolgung bei.“

Im Übrigen stand die Regierung zu Münster auch dem antichristlichen Kurs des NS-Regimes nicht distanziert gegenüber. Vielmehr trug die Regierung Münster in ihrem Verwaltungshandeln zur Aushöhlung der Rechte von Kirche und Bevölkerung bei und damit zur Zuspitzung des Kirchenkampfes hier im Münsterland.



Aufgrund dieser Erkenntnisse habe ich Frau Schrulle gebeten, in den Räumen der Bezirksregierung Münster ihr Buch zu präsentieren und ihre wissenschaftlich-recherchierten Befunde im Rahmen eines Vortrags öffentlichkeitswirksam einem dann hoffentlich großem Publikum hier in Münster vorzustellen. Frau Schrulle ist hierzu gerne bereit.

Ferner werde ich verstärkt das Lehrerfortbildungskonzept „Erziehung nach Auschwitz“ unterstützen, das federführend von der Bezirksregierung Münster entwickelt worden ist und mittlerweile über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus Anerkennung und Nachahmung gefunden hat. So werden in Kooperation mit der „International School for Holocaust-Studies Yad Vashem“ bereits seit einigen Jahren Seminare angeboten mit dem Ziel, Lehrer über eine tiefgehende Behandlung des Holocaust und die persönliche Begegnung mit Zeitzeugen zu befähigen, in ihrem Unterricht die Probleme des Antisemitismus, des Rechtsradikalismus und der Fremdenfeindlichkeit begreiflicher zu behandeln.

Aufgrund der positiven Resonanz haben im vergangenen Jahr das Land Nordrhein-Westfalen und Yad Vashem eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit



vereinbart. In diesem Zusammenhang wird jetzt mit dem Aufbau eines landesweiten Netzwerkes begonnen, ebenfalls unter der Federführung der Bezirksregierung Münster, mit der Aufgabe, vorhandene Unterrichtserfahrungen zu nutzen, Materialien, Projekte, Orte und Zugänge zu erschließen, um Schülern und Lehrern eine intensive Auseinandersetzung mit der Geschichte des Holocaust und einen Transfer in die Gegenwart zu ermöglichen. Aufklärung der Schülerinnen und Schüler ist die effektivste Methode, Vorurteile abzubauen und dem Antisemitismus nachhaltig entgegenzutreten.

Somit wird unser Haus einen Beitrag leisten, Erinnerung an das Geschehene wach zu halten in einer Art und Weise, die auch besonders auf junge Menschen eingeht. So möchte ich schon jetzt darauf hinweisen, dass nach der Veranstaltung mit Frau Schrulle eine weitere Veranstaltung mit den Mitarbeitern unseres Hauses zu diesem Thema „Erziehung nach Auschwitz“ erfolgen wird.

Nur die eingehende Beschäftigung mit dem Schrecken der Vergangenheit und dem so unermesslichen Leid der Opfer kann uns dabei helfen, den auch heute noch in Teilen der Bevölkerung existierenden, oft verkapp-



ten Antisemitismus zurückzudrängen. Es ist beschämend, dass immer noch jüdische Einrichtungen oder Veranstaltungen in Deutschland von der Polizei geschützt werden müssen. Doch bei allen Rückschlägen gibt es auch Zeichen der Hoffnung.

Die Eröffnung neuer Synagogen in unserem Land - zuletzt in Bielefeld, Krefeld, Bochum, Gelsenkirchen, Berlin und München - ist ein wichtiges Signal für die wachsende jüdische Gemeinschaft. Jüdisches Leben ist wieder vorhanden und schlägt im Alltag in Deutschland neue, tiefe Wurzeln.

Angesichts Millionen ermordeter Juden ist diese Entwicklung tatsächlich etwas wie ein Wunder. Auch wenn der Traum von einem normalen jüdischen Leben in Deutschland leider noch längst nicht Wirklichkeit geworden ist, bin ich zuversichtlich, dass diese ersehnte Normalität irgendwann gelebt werden kann!

Die Bezirksregierung Münster möchte durch ihre Aktivitäten mithelfen, dass dieses Ziel auch tatsächlich erreicht werden kann.